

Chronologie

Januar / Februar 2006*

Januar

2.1. Die französische Postbank „La Banque Postale“ nimmt ihren Dienst auf. Die durch die Ausgliederung der Finanzdienstleistungssparte aus der staatlichen Post entstandene Bank kann auf die 17 000 Verkaufsstellen ihrer Unternehmensmutter zurückgreifen und verfügt daher über das größte Filialnetz in Frankreich. Mehrere französische Großbanken haben gegen die aus ihrer Sicht bestehenden Wettbewerbsvorteile der Banque Postale Klage bei der Europäischen Kommission eingereicht.

3.1. Staatspräsident Jacques Chirac hebt die Geltung des Notstandsrechts auf, das am 8. November 2005 in mehreren Vorstadtgemeinden angewendet worden war. Vor allem in Pariser Vororten war es zu schweren Ausschreitungen gekommen, nachdem am 27. Oktober zwei Jugendliche in Clichy-sous-Bois bei Paris in einer Transformatorstation ums Leben gekommen waren, die sich nach Angaben Dritter von der Polizei verfolgt gefühlt hatten.

4.1. Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak trifft in Paris mit Staatspräsident Chirac zusammen. Wichtigstes Thema des Gesprächs ist die Weigerung Syriens, mit der UNO-Kommission zusammenzuarbeiten, welche die Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Hariri untersucht. Die Kommission möchte den syrischen Präsidenten Bachar el-Assad und seinen Außenminister Farouk al-Chareh zu der Frage anhören, ob die syrische Staatsspitze Kenntnis von entsprechenden Mordplänen hatte. Gemeinsam mit Saudi-Arabien versuchen Frankreich und Ägypten, Syrien zu einem konzilianteren Kurs gegenüber der UNO zu bewegen.

4.1. Der französische Industriekonzern Alstom kündigt an, sich von seiner Werftensparte Chantiers de l'Atlantique zu trennen, die zu den weltweit größten Werften gehört. 75 Prozent der Anteile der Werft gehen zu einem Preis von 50 Mil-

lionen Euro an den norwegischen Aker Yards-Konzern. Bis zum Jahr 2010 wird Alstom 25 Prozent der Werftanteile behalten, die bis dahin als Gemeinschaftsunternehmen geführt werden wird. Alstom verpflichtet sich darüber hinaus, 350 Millionen Euro in das entstehende Joint Venture zu investieren. 2010 wird Aker die restlichen Unternehmensteile zu einem Preis aufkaufen, der von der operativen Entwicklung der Werft abhängt.

5.1. Staatspräsident Chirac kündigt die Entwicklung eines Nuklearreaktors der „vierten Generation“ an. Der Reaktor soll im Jahr 2020 in Dienst gestellt werden und drei Milliarden Euro kosten. Er werde weniger Nuklearabfall produzieren und deutlich effizienter als die Vorgängermodelle arbeiten. Frankreichs Energieversorgung wird zu 76 Prozent von Kernkraftwerken sichergestellt. Deutschland bezieht dagegen nur 30 Prozent seiner Energie aus Atomstrom.

8.1. In Jarnac (Charente) begeht der Parti socialiste den zehnten Todestag von François Mitterrand. An den Feierlichkeiten nehmen fast alle Spitzenpolitiker der Partei teil. Allein Ségolène Royal, nach den Meinungsumfragen inzwischen die aussichtsreichste Kandidatin der Sozialisten für das Amt der Staatspräsidentin, bleibt der Feier fern und reist nach Chile, um die dortige Kandidatin der Linken für das Amt der chilenischen Staatspräsidentin zu unterstützen.

10.1. In seiner Jahresansprache vor dem diplomatischen Korps spricht sich Staatspräsident Chirac dafür aus, konsensfähige Teile des EU-Verfassungsvertrages „im Rahmen der bestehenden Verträge“ ins Werk zu setzen. Dies gelte für die Bereiche Justiz und Innere Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Einbindung der nationalen Parlamente in die Entscheidungsprozesse der EU. Die EU-Integration müsse durch „Pioniergruppen“ vorangetrieben werden. Als Beispiel könnten die Staaten der Eurozone gelten, die untereinander ihre politische, wirtschaftliche, steuerliche und gesell-

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

schaftliche Integration vorantreiben könnten. Ein weiteres wichtiges Thema der Ansprache ist das iranische Nuklearprogramm.

10.1. Gegenüber der französischen Presse erklärt Laurent Fabius offiziell, dass er sich darum bemühen werde, als Kandidat des Parti socialiste in das Rennen um die Nachfolge von Jacques Chirac als Staatspräsident zu gehen.

11.1. Anlässlich der ersten „Nationalen Konferenz über die öffentlichen Finanzen“ erklärt Premierminister Dominique de Villepin, die Neuverschuldung des Staates bis zum Jahr 2010 auf null Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückfahren zu wollen. Parallel dazu solle der Schuldenstand im selben Zeitraum auf unter 60 Prozent des BIP gesenkt werden. Um dies zu erreichen, werde ab 2007 jede weitere Steuersenkung ausgeschlossen. Ferner solle der Staatshaushalt 2007 nur um einen Wert steigen, der höchstens einen Prozentpunkt unter der Inflationsrate liegen dürfe. Das Budget der Gebietskörperschaften werde nicht erhöht, die Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme dürften nur um ein Prozent erhöht werden.

11.1. Der Conseil des ministres verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Chancengleichheit von sozial benachteiligten Jugendlichen. Der Entwurf sieht die Einrichtung eines freiwilligen Zivildienstes und einer Nationalen Agentur für sozialen Zusammenhalt vor. Außerdem sollen Eltern, deren Kinder auffällig geworden sind, einen „Vertrag der elterlichen Verantwortung“ abschließen, der finanzielle Sanktionen für den Fall vorsieht, dass die Eltern ihrer Aufsichtspflicht nicht in ausreichendem Maße nachkommen.

12.1. In einer Neujahrsansprache vor der Presse erläutert der Innenminister und UMP-Vorsitzende Nicolas Sarkozy seine Projekte mit Blick auf die Präsidentschaftswahl im Jahr 2007. Im Mittelpunkt steht dabei eine Reform des politischen Systems, deren Kern eine Stärkung des Staatspräsidenten auf Kosten des Premierministers wäre (Artikel 21 der französischen Verfassung). Dieser würde die Arbeit der Regierung nur noch „koordinieren“, statt sie zu leiten. Als Innenminister strebt Sarkozy an, die Kriminalitätsrate im kommenden Jahr um drei Prozent zu senken. Die Zahl der ausgewiesenen Immigranten soll im Vergleich zu 2005 um 5 000 auf 25 000 gesteigert werden. Statt des EU-Verfassungsvertrags müsse ein neuer, kürzerer Vertrag geschlossen und in Frankreich vom Parlament ratifiziert werden. Weitere neue Mitglieder dürften erst dann in die EU aufgenommen werden, wenn ein Vertiefungsschritt gelungen sei. Politische Führung könne es künftig

in der Union nur durch eine enge Zusammenarbeit der sechs größten Mitgliedstaaten geben.

15.1. Die Inspection générale de l'administration (IGA) legt einen von Premierminister de Villepin angeforderten Bericht zur Frage vor, wie die Geschlechtermischung in öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen oder Universitäten von der Bevölkerung beurteilt wird. Die IGA kommt zu dem Ergebnis, dass das Prinzip der Geschlechtermischung weiterhin allgemein akzeptiert werde. Allerdings sei in schwierigen Vierteln eine deutliche Zunahme des Wunsches fundamentalistischer Moslems zu verzeichnen, die Geschlechter in öffentlichen Einrichtungen zu trennen. Dies betreffe vor allem die Pariser Banlieue, die Vororte von Lyon und das Elsass.

16.1. Premierminister de Villepin kündigt die Einrichtung eines neuen Instruments an, das zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger beitragen soll. Der „Contrat première embauche“ (CPE) sieht vor, dass Arbeitnehmern unter 26 Jahren in den ersten beiden Jahren ihres ersten unbefristeten Arbeitsverhältnisses von ihrem Arbeitgeber ohne Angabe von Gründen gekündigt werden kann. Nach der Einführung des „Contrat nouvelle embauche“ (CNE) im Sommer 2005 soll dieses Instrument zur zweiten Säule der Arbeitsmarktreform der Regierung werden.

16.1. In seiner Neujahrsansprache vor der Presse erklärt der Vorsitzende des Parti socialiste (PS), François Hollande, der PS solle bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 Wahlvereinbarungen mit den kleineren linken Parteien schließen, um ihnen den Sieg in bestimmten Wahlkreisen zu ermöglichen. Auf diese Weise könnten auch künftige Koalitionspartner des PS in der Nationalversammlung Fraktionsstatus erlangen. Im Gegenzug sollten sie allerdings darauf verzichten, bei den Präsidentschaftswahlen mit einem eigenen Kandidaten anzutreten. Mit diesem Vorschlag zieht Hollande die Konsequenz aus dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 2002, als es dem Kandidaten des PS, Lionel Jospin, wegen der starken Konkurrenz im linken Parteienspektrum nicht gelungen war, in die zweite Runde einzuziehen. Stattdessen war es zur Stichwahl zwischen Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen gekommen.

17.1. In einer Rede vor der Generalversammlung des Unternehmerverbandes MEDEF beschuldigt dessen Vorsitzende, Laurence Parisot, Staatspräsident Chirac, für eine Politik verantwortlich zu sein, die zur zunehmenden „Undurchschaubarkeit Frankreichs“ beitrage. Man könne nicht, wie es Chirac ge-

tan habe, die Arbeitgeberbeiträge zur Finanzierung der sozialen Schutzsysteme künftig an die vom Unternehmen erzielte Wertschöpfung koppeln wollen, und in derselben Rede die zentrale Rolle der Digitalbranche für die Schaffung von Arbeitsplätzen hervorheben. Gerade die Unternehmen dieses Sektors seien in überdurchschnittlichem Maße an der industriellen Wertschöpfung in Frankreich beteiligt. Parisot kündigt ein Weißbuch des MEDEF zur Arbeitsmarktpolitik und Reduzierung der öffentlichen Schulden an.

17.1. Nach Angaben des nationalen Statistikinstituts INSEE lag die Geburtenrate in Frankreich im Jahr 2005 bei 1,94 Geburten pro Frau. Damit liegt Frankreich in der EU an zweiter Stelle hinter Irland (1,99), deutlich vor Deutschland (1,4) und auch erheblich über dem EU-Durchschnitt (1,5). Zugleich beschleunigt sich der Alterungsprozess der französischen Gesellschaft: 16,2 Prozent der Bevölkerung sind älter als 65 Jahre (1996: 15,1 Prozent).

18.1. In einer Rede an der Humboldt-Universität in Berlin erläutert Premierminister de Villepin die Grundzüge seiner Europapolitik. Es gelte, eine Erweiterungsstrategie der EU zu entwickeln, die neben dem Beitrittsversprechen auch das Instrument einer „großzügigen Partnerschaft“ vorsehen müsse. Zwei Pfeiler der französischen Europapolitik seien die Verteidigung des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells gegenüber der Globalisierung sowie die Förderung eines „wirklichen europäischen Wirtschaftspatriotismus“. Deutschland und Frankreich sollten schließlich den Kern eines „Europas der Projekte“ bilden, das allen EU-Mitgliedstaaten offen stehen müsse. Dabei gehe es unter anderem um Kooperationen im Hochschulbereich, in der Forschung, der Gesundheitspolitik oder beim Antiterrorkampf. Beide Länder sollten Projekte in diesen Bereichen gemeinsam lancieren und anschließend ihren europäischen Partnern vorschlagen.

18.1. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie spricht sich für internationale Sanktionen gegen die Regierung der Elfenbeinküste aus. Seit einigen Tagen sehen sich die Soldaten der UNO-Friedenstruppe Onuci sowie die im Land stationierten französischen Streitkräfte zunehmenden Aggressionen von Sympathisanten des Staatspräsidenten Laurent Gbagbo ausgesetzt. Zuvor hatte sich die Internationale Arbeitsgruppe, die im Auftrag der UNO den Friedensprozess im Land begleiten soll, dagegen ausgesprochen, das im Dezember auslaufende Mandat der ivoirischen Nationalversammlung, die von Gbagbo-Anhängern dominiert wird, zu verlängern.

19.1. Staatspräsident Chirac betont erneut die französische Position, sich für den Fall eines Angriffs von Staaten, die sich terroristischer Mittel bedienen, auch eine Reaktion mit Nuklearwaffen vorzubehalten. Zugleich unterstrich Chirac die Bereitschaft, die französischen Atomstreitkräfte in eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrategie einzugliedern.

23.1. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt beim Gipfeltreffen in Versailles Staatspräsident Chirac bezüglich seiner Äußerungen zur künftigen Rolle der Force de frappe. Die Ausführungen Chiracs vier Tage zuvor stünden in der Kontinuität der französischen Nukleardoktrin. Zentrales Thema des Gipfels ist die Vorbereitung des deutsch-französischen Ministerrats am 14. März in Berlin. Beide Seiten kommen überein, sich bei der Überarbeitung der EU-Dienstleistungsrichtlinie eng abzustimmen. Ferner sollen gemeinsame Positionen in den Bereichen Forschung, Innovation und Beschäftigung erarbeitet werden.

23.1. Der Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton legt im Rat seiner EU-Kollegen (Ecofin) ein Memorandum zu einer europäischen Energiepolitik vor. Dabei müsse vor allem der Beitrag der Nuklearenergie zur Versorgungssicherheit der Union berücksichtigt werden. Um das hohe Niveau der europäischen Nuklearindustrie auch in Zukunft halten zu können, bedürfe es gemeinsamer Forschungs- und Ausbildungsprogramme.

23.1. Aufgrund französischen Widerstands wird in Brüssel eine informelle Diskussionsrunde zwischen NATO und EU zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus abgesagt. Der Austausch war von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer angeregt worden. Frankreich lehnt eine Aufwertung der NATO zum „Weltpolizisten“ ab und tritt für einen Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ein.

24.1. In einer Rede vor der französischen Nationalversammlung unterstreicht der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, dass der Modernisierung der europäischen Wirtschaft eine zentrale Bedeutung zukomme, wenn Europa „die Schlacht um die Wettbewerbsfähigkeit“ gewinnen wolle. Ein wichtiger Aspekt hierbei sei eine Verbesserung des Entwurfs für eine EU-Dienstleistungsrichtlinie. Dabei komme es darauf an, eine Lösung zu finden, welche die sozialen Standards der Zielländer respektiere.

25.1. In einer Stellungnahme zur französischen Reformpolitik kritisiert die Europäische Kommission die „Qualität“ der beschlossenen Gesetze. Den Reformen mangle es vor allem an einer Wirkungsabschätzung ex ante. Auch fehle es an einem Dialog mit den Sozialpartnern. Die Anstrengungen für eine Sanierung des Staatshaushalts seien zu begrüßen, reichten aber nicht aus, um das Defizit auf lange Sicht auszugleichen. Ein weiterer Mangel bestehe in einer fehlenden „globalen Strategie“ für ältere Arbeitnehmer, wie sie etwa in den nordischen EU-Ländern in Form permanenter Fortbildungen existiere.

26.1. Staatspräsident Chirac und Premierminister de Villepin beschließen, das Gesetz per Dekret außer Kraft zu setzen, das die „positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee und insbesondere in Nordafrika“ im Geschichtsunterricht an französischen Schulen festschreibt. Das Gesetz war am 23. Februar 2005 beschlossen worden und in Algerien, den französischen Überseegebieten und schließlich auch bei der Opposition auf heftigen Protest gestoßen. Chirac strebt an, noch vor Ende seiner Amtszeit mit Algerien einen bilateralen Freundschaftsvertrag abzuschließen.

26.1. Nach dem am Vorabend verkündeten Sieg der islamistischen Hamas bei den palästinensischen Wahlen umreißt Premierminister de Villepin die Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der künftigen palästinensischen Regierung. Dazu gehörten der Verzicht auf Gewalt, die Unterstützung des Friedens als oberstes Ziel für die Region sowie die Anerkennung des Staates Israel und der bestehenden internationalen Abkommen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde.

26.1. Die Europäische Kommission meldet Bedenken an bezüglich der Liste zum Schutz französischer Unternehmen, welche die Regierung Ende 2005 vorgelegt hatte. Nach dieser Liste müssen Käufer, die ein Drittel der Stimmrechte oder des Kapitals von Unternehmen bestimmter Branchen (unter anderem Sicherheit, chemische Waffen, Informationstechnologie) erwerben, eine Genehmigung des Finanzministeriums vorweisen.

Februar

1.2. Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker trifft in Paris zu einem Gespräch mit Premierminister de Villepin zusammen. Einziges Thema ist das feindliche Übernahmeangebot des niederländischen Stahlkonzerns Mittal Steel an den europäischen Arcelor-Konzern. Luxemburg,

das mit 5,6 Prozent der größte bekannte Einzelaktionär bei Arcelor ist, bemüht sich darum, eine gemeinsame Verteidigungslinie mit Frankreich, Belgien und Spanien aufzubauen. Mittal hatte Arcelor wenige Tage zuvor ein Angebot über 18,6 Milliarden Euro vorgelegt.

2.2. In einem Gespräch mit der britischen Zeitung *Financial Times* erklärt die Präsidentin der Region Poitou-Charentes, Ségolène Royal (PS), einige der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Ideen des britischen Premierministers Blair zu unterstützen. Blair habe in den öffentlichen Dienst investiert und beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Erfolge erzielt, indem er ebenso auf Flexibilisierung wie die Sicherung sozialer Standards gesetzt habe. Frankreich müsse sich vor selbstverschuldeten Blockaden – etwa in der Frage der 35-Stunden-Woche – hüten.

3.2. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts BVA für *Le Figaro* ist der Innenminister und Parteivorsitzende der regierenden UMP der klare Favorit für die Präsidentschaftswahlen 2007. Träte er in einem ersten Wahlgang gegen die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal an, erhielte er 29 Prozent der Stimmen (Royal: 25 Prozent). Wäre der Gegenkandidat Lionel Jospin, erhielte Sarkozy 30 Prozent (Jospin: 22 Prozent). Premierminister de Villepin schnitte deutlich schlechter ab. Bei einer Gegenkandidatin Royal erhielte er zehn, beim Szenario Jospin elf Prozent der Stimmen.

5.2. Innenminister Sarkozy erläutert in einem Interview mit der Zeitung *Journal du Dimanche* Eckpunkte seines geplanten Zuwanderungsgesetzes. Der Gesetzentwurf sieht eine dreijährige Aufenthaltsgenehmigung für hochqualifizierte Migranten vor. Bei den Studenten sollen diejenigen bevorzugt behandelt werden, die sich für ein Studium einschreiben wollen, bei dem es in Frankreich einen Studentenmangel gibt. Die automatische Legalisierung von Immigranten, die zwar auf illegale Weise eingewandert sind, sich aber seit zehn Jahren im Land aufhalten, soll abgeschafft, der Familiennachzug deutlich erschwert werden.

6.2. Arnaud Lagardère, der Präsident des gleichnamigen Medienkonzerns, kündigt den Kauf von Time Warner Book an, des Verlagsteils der US-amerikanischen Mediengruppe. Damit wird Lagardère zum weltweit drittgrößten Medienunternehmen nach Pearson und Bertelsmann.

6.2. Isabelle Dinoire, eine 38-jährige Französin, der in einer 15-stündigen Operation im November 2005 erstmals in der

Medizingeschichte ein großer Teil des Gesichts von französischen Ärzten transplantiert worden war, wendet sich in einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Dinoire war ihr eigenes Gesicht durch einen Biss ihrer Hündin zerstört worden.

8.2. Auf einer gemeinsamen Versammlung verständigen sich die anwesenden Parteien und Organisationen der politischen Linken auf eine Liste gemeinsamer Ziele. Dazu gehören die Mobilisierung gegen den Contrat première embauche (CPE), die Errichtung einer flexiblen Verbindungsstruktur zwischen den linken Parteien zur besseren Koordinierung der Oppositionspolitik und die Errichtung eines nationalen Komitees, das öffentliche Debatten im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen organisieren soll. Neben dem Parti socialiste sind der Parti radical de gauche (PRG), die Grünen, der Parti communiste (PCF) und der Mouvement républicain et citoyen (MRC) beteiligt.

9.2. Premierminister de Villepin verkündet in der Nationalversammlung, dass die Regierung den Gesetzentwurf zur Chancengleichheit, dessen Kern der Contrat première embauche (CPE) zur Liberalisierung des Kündigungsschutzes ist, mit Hilfe des Artikels 49-3 der französischen Verfassung verabschiedet. Dieser Artikel, der die Handlungsfähigkeit der Regierung garantieren soll, sieht vor, dass die Regierung bezüglich einzelner Gesetzentwürfe ihre besondere Verantwortung feststellen kann. In diesem Fall gilt ein Entwurf als angenommen, wenn die Opposition nicht innerhalb von 48 Stunden mit einem Misstrauensantrag gegen die Regierung Erfolg hat. In den Tagen zuvor hatten die Sozialisten eine Abstimmung über den Text auf verfahrenstechnischem Weg verhindert.

10.2. Nach Angaben des nationalen Statistikinstituts INSEE ist die französische Wirtschaft im Jahr 2005 um 1,4 Prozent gewachsen (2004: 2,1 Prozent). Die Außenhandelsbilanz weist für 2005 ein Rekorddefizit von 26,4 Milliarden Euro aus, obwohl die Warenexporte um 4,1 Prozent angestiegen seien und mit einem Wert von 355 Milliarden Euro ebenfalls ein Rekordniveau erreicht hätten.

13.2. In der Nähe von Paris wird der schwer verletzte 23-jährige Jude Ilan Halimi gefunden, der kurze Zeit später seinen Verletzungen erliegt. Wie sich wenige Tage später herausstellt, ist Halimi das Opfer schwerer Misshandlungen durch eine Gruppe mit dem Namen „Die Barbaren“ geworden. Mehrere Mitglieder der Gruppe werden kurz nach der Tat festgenommen. Zur Begründung führt einer der Festgenommenen den „Reichtum der Juden“ an.

13./14.2. Während eines Besuchs in Moskau trifft Premierminister de Villepin unter anderem zu einem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Putin zusammen. Ein Ergebnis der Reise ist eine französisch-russische Erklärung zur Nichtverbreitung, Abrüstung und dem Kampf gegen den Terrorismus. Beide Seiten bekräftigen ihre Unterstützung für die Prinzipien des Nichtverbreitungsvertrages. Zur iranischen Nuklearpolitik führt de Villepin in Moskau aus, Russland und Frankreich träten dafür ein, dass Iran auf jedes militärisch nutzbare Nuklearprogramm verzichtet. Weitere Themen des Besuchs sind die Lage im Nahen Osten nach dem Sieg der Hamas bei den palästinensischen Wahlen sowie die Situation in Tschetschenien. De Villepin äußert sich besorgt über das „gewaltsame und inakzeptable Verschwinden“ tschetschenischer Zivilisten. Beide Seiten bekräftigen ferner den Willen zur Zusammenarbeit in energiepolitischen Fragen.

15.2. Der Conseil d'Etat untersagt die Verschrottung des seit Jahren außer Dienst gestellten Flugzeugträgers „Clemenceau“ in Indien. Staatspräsident Chirac ordnet daraufhin die Rückkehr des Schiffes aus dem Indischen Ozean nach Frankreich an. Eigentlich sollte die „Clemenceau“, bei deren Bau neben weiteren giftigen Substanzen unter anderem über 100 Tonnen Asbest verwendet worden sein sollen, in Alang (Indien) verschrottet werden. Mehrere Umweltschutzorganisationen hatten seit 2004 gegen die Verschrottung außerhalb Frankreichs protestiert und dabei auf die Arbeitsbedingungen in den Docks von Alang hingewiesen.

16.2. Im Rahmen eines eintägigen Berlin-Besuchs trifft Innenminister Sarkozy mit Bundeskanzlerin Merkel zusammen. Im Anschluss daran erläutert Sarkozy in einer Grundsatzrede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der Konrad Adenauer Stiftung seine Europapolitik. Sarkozy spricht sich für eine enge Zusammenarbeit der sechs großen EU-Mitgliedstaaten („G6“) aus, die anstelle der deutsch-französischen Beziehungen den neuen Motor in der erweiterten EU bilden sollten. Der Verfassungsvertrag solle durch einen neuen, kürzeren Vertrag ersetzt werden, der sich ausschließlich auf institutionelle und prozedurale Fragen beschränkt. Neue Beitritte wären erst nach solchen institutionellen Reformen denkbar, ferner müsse die EU das Kriterium der Aufnahmefähigkeit operationalisieren.

16.2. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verabschieden einen überarbeiteten Entwurf der so genannten „Dienstleistungsrichtlinie“, dessen Kern die Aufhebung des Herkunftslandsprinzips ist. Der alte Entwurf der Europäi-

sehen Kommission hatte vorgesehen, dass für Dienstleistungen, die von einem Unternehmen in einem anderen EU-Staat erbracht werden, die Sozialstandards des Landes gelten, in dem das Unternehmen ansässig ist. Dagegen hatte es vor allem in Frankreich heftige Proteste gegeben. Die Einigung wird von den beiden großen Fraktionen der Konservativen und der Sozialisten unterstützt. Nur die französischen und die belgischen Sozialisten stimmen gegen den neuen Entwurf.

18.–20.2. Staatspräsident Chirac reist zu einem Staatsbesuch nach Thailand und Indien. In Thailand stehen Gespräche für bilaterale Kooperation in Südostasien und in Afrika sowie die Anbahnung von Auftragsvergaben im öffentlichen Sektor an französische Unternehmen auf dem Programm. Auch in Indien stehen Aufträge für französische oder europäische Unternehmen im Mittelpunkt. Unter anderem bestellt die indische Fluggesellschaft Indian Airlines 43 Airbus-Flugzeuge im Wert von zwei Milliarden Euro. Aufsehen erregt die Ankündigung, dass Frankreich und Indien eine bilaterale Kooperation im zivilen Nuklearbereich aufbauen wollen. Darüber hinaus vereinbaren Paris und Neu Delhi engere verteidigungspolitische Beziehungen.

21.2. In der Nationalversammlung scheidet die Opposition mit ihrem Misstrauensantrag. Damit steht dem *Contrat première embauche* (CPE) nichts mehr im Weg, nachdem die Regierung das Gesetz zwei Wochen zuvor mit Hilfe des Artikels 49-3 der französischen Verfassung im Parlament durchgesetzt hatte.

24.2. Der polnische Präsident Kaczyński hält sich zu einem kurzen Antrittsbesuch in Paris auf. Der Besuch steht im Schatten problematischer Äußerungen von Staatspräsident Chirac während der Irak-Krise, als er über die polnische Regierung gesagt hatte, sie habe „eine gute Gelegenheit verpasst, zu schweigen“. Der Antrittsbesuch wird zudem von einem Interview belastet, das Kaczyński am Vortag der Zeitung *Le Figaro* gegeben hatte. Dort hatte er sich sehr kritisch zum Verhalten Chiracs während des Irak-Konflikts geäußert und die Russlandpolitik Chiracs als „mysteriös“ bezeichnet. Der Elysée sagt eine zum Abschluss des Besuchs ursprünglich geplante gemeinsame Pressekonferenz ab.

27.2. Der Vorsitzende des *Parti socialiste* (PS), François Hollande, begleitet vom Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Pierre Moscovici, trifft in Berlin mit dem SPD-Vorsitzenden Matthias Platzeck zusammen. Gegenstand der Gespräche ist eine engere Kooperation zwischen PS und SPD sowie ein Austausch über europapolitische Fragen. Hollande und Platzeck beschließen, bis Ende des Jahres eine gemeinsame Erklärung über die Zukunft Europas zu erarbeiten.

27.2. Die beiden französischen Energiekonzerne *Gaz de France* und *Suez* kündigen einen Plan zur Fusion beider Unternehmen an. Ziel des Zusammenschlusses ist, die Übernahme von *Suez* durch den italienischen Energiekonzern *Enel* zu verhindern.

